

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1906**

11 (13.1.1906) Erstes Blatt

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugehört, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Aboligen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Kaiserstraße 24.  
Telefon: Nr. 128. — Volleingangsliste: Nr. 8144.  
Erscheinenszeiten der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

26. Jahrgang 3.

Nr. 11. Erstes Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 13. Januar 1906.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 2 Blätter mit zusammen 8 Seiten.

## Wohin die Fahrt?

Unsere Zeitgenossen betonen gegenüber den Parteiengerichten immer, daß der gelehrte Jurist nicht im Strudel des Parteilebens stehe und daher kühl und ruhig aus dem, was im Gerichtssaal zu Person und Sache sich ergebe, die Schuldfrage erwäge. Allein, wir haben unterm Sozialistengesetz gesehen, wie sehr sich unsere Juristenwelt im Sinne der Anschauungen der dem Proletariat gegenüberliegenden Klassen und politischen Machtverhältnisse gebildet hat. Und wir haben nach dem Falle des Sozialistengesetzes das auch noch geraume Zeit aus den zahlreicheren und schwereren Urteilen ersehen, wie sie namentlich gegen sozialdemokratische Redakteure ergingen.

Und in dieser Beziehung eintretende leichte Milderung schlug sofort wieder in das schwere Gegenteil um, wenn die Meinungen zwischen „Oben“ und „Unten“ etwas heftiger wurden.

Kaum hat eine neue politische Reibungsperiode eingeleitet, kaum wird von dem Proletariat die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts etwas entschieden vertreten, so machen sich deutsche Gerichte schon wieder durch besonders harte Strafurteile auffällig bemerkbar.

Was aber die gegenwärtige Situation besonders kennzeichnet, das ist nicht nur die Härte eines einzelnen Urteils, sondern die rasche Häufung so drakonischer Urteile. Wenn schon das erste Dresdener Urteil lebhaft an das Köbener Erkenntnis erinnerte, wenn man schon sagte, daß ein zweites und drittes wenige Tage darauf folgendes Urteil desselben Gerichts dieselbe Bahn einschlugen, so fand man immerhin noch eine gewisse Erklärung darin, daß bei der Rücksicht, mit der ganz allgemein alle Urteile, nur auf Wunsch des sächsischen Justizministers, die Sachen zur Verhandlung gelangten, die irrtümliche Erregung der Amtlichen, daher auch der richterlichen Welt, von den Demonstrationen nach und nach und mit denselben die Taten der Angeklagten festliegend in Verbindung brachte.

Aber es haben weitere Verhandlungen in Dresden stattgefunden, an die man schon mit größerer innerer Nähe hätte herantraten können. Und doch sind die Strafen sehr hart ausgefallen. Immerhin von Sachen war man nachgerade manches gehört. Da aber werden Urteile in rechtlicher Hinsicht bekannt, die weit ab sind von den Dresdener Ereignissen. Urteile, die sich lediglich gegen die verantwortlichen Redakteure von Wochenzeitschriften richten und doch von einer den Umständen nach maßlosen Härte sind. Sie treten zu den Dresdener Schandurteilen hinzu und sind geeignet, damit die Bevölkerung in eine Unruhe zu versetzen, die in keinem Belang den Interessen des deutschen Volkes förderlich sein kann, in eine Unruhe, wie sie gerade die Gerichte vom Volke fern gehalten wissen wollen.

Da ist zunächst das Frankfurter Urteil. Sechs Monate Gefängnis für den Redakteur unseres Frankfurter Parteiorgans, Genossen Quint. Was ist denn so Schlimmes geschehen? Das Berliner Tageblatt hatte das Gericht erwähnt, daß bei der Firma Tippelskirch u. Co. zwei Geheimverträge beständen, die den Herren Dr. Ströbel und v. Rodtke gehören sollen und forderte die Regierung zu einem Dementi auf. Der Vorwärts brachte unter noch weiter gehendem Vorbehalt diese Notiz ab. Nichtsdestoweniger wurden dann beide Blätter bestraft, der Vorwärts noch härter, wie das Tageblatt. Aber es blieb bei Geldstrafen, freilich ziemlich hohen. Die Frankfurter Volksstimme übernahm die gleiche Notiz, ließ aber gar keinen Zweifel, daß sie sie gar nicht bedeu. Wiewohl nun Quint auf jede Beweisnahme verzichtete, angeht die Berliner Feststellungen, also zum mindesten weitgehende Milderung als Folge von Staatsanwalt und Gericht doch eine empfindliche Gefängnisstrafe für notwendig gehalten. Die ganze Sache ging überaus schnell ab und die Urteilsberatung war auch rasch beendet. Sechs Monate wegen einer Angelegenheit, in der eine persönliche Verletzung von dem Angeklagten nicht beabsichtigt war, wegen einer Sache, die im Wege einer kurzen Verächtung für alle Teile befriedigend erledigt worden wäre.

Wie soll also ein so hartes Urteil anders als durch Befangenheit der Richter erklärt werden? Und dieses Urteil wird noch übertroffen — in jeder Hinsicht — durch das Dresdener Urteil gegen Genossen Rabe von der Volkswacht. Nicht 6 Monate, die doppelt lange Zeit zwischen dem Dresdener Richter aus dem Leben eines Mannes aus, der nicht getötet, nicht betrogen, niemand im Duell getötet, überhaupt nichts getan hat, was solche Urteile dem Volke verächtlich machen kann. Mit einem Artikel, also schlimmsten Falls durch ein radschlagendes Wort, soll er Klassen gegen einander aufgehetzt haben. Angenommen es wäre so: Zwischen Ort und Zeit der Tat und ihrer event. Begehung durch andere liegt viel, unermesslich viel bis zur Beachtung durch Klassen — also Ausschlag genug zur Milderung. Und es ist nichts geschehen, was einer dem Artikel von den Richtern unterstellten Wirkung auch nur ähnlich wäre. Er hat dem keine Mißdeutung, keine Mißdeutung — wiewohl das ganze Urteil auf Schrauben steht!

Die Anklage lautete auf Vergehen gegen § 100 St. G. B., wonach mit Geld bis 300 M. oder Gefängnis bis 3 Jahren bestraft wird, wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verächtliche Reden über die Regierung zu Gewalttätigkeiten gegen einander aufreizt. Das Vergehen wird in einem am 5. Dezember 1905 veröffentlichten Urteil, in dem die Richter an den „Volksfreund“ geschrieben, der tatsächlich in

Stamm gegen das Dreiklassenstimmrecht aufzuredet. Nach der Anklage soll der in dem Aufsatz enthaltene Vergleich mit dem russischen Mittel gegen das Dreiklassenstimmrecht vorzugehen.

Der Staatsanwalt Gagel wollte gar den Vergleich der Dessenität, drang aber damit nicht durch, wohl aber mit der gewagten Debatte, die sozialdemokratischen Führer seien sich darüber klar, daß sie die Massen nicht in der Hand hätten, ... außerdem gehe aus dem Verhalten der Sozialdemokratie augenfällig hervor, daß man in Preußen auf dieselben Fußstapfen wie in Rußland hinsteuere. Der Angeklagte mußte sich sagen und hat sich auch gesagt (Beweis!), daß das jetzt besonders gefährlich sei; denn wenn das Kaiserhaus in Flamme stehe, bedürfte es nur eines kleinen Windstoßes, um unter Haus in Flammen zu setzen.

Diese Ausführungen leistete sich der Staatsanwalt, wiewohl Löbe mit Entschiedenheit bestritt, daß der Artikel nach Inhalt oder Form eine Aufreizung enthalte; seit längerer Zeit propagierte er in der Volkswacht für das Wahlrecht, ohne an irgend welche Gewalttätigkeiten zu denken. Auf Antrag des Verteidigers, A. A. Heine, Berlin, wurden zum Beweise dessen mehrere Volksblatt-Artikel vorgelesen.

Da man auf diese Weise dem Angeklagten unmöglich beikommen konnte, unternahm man einen recht kunstvollen Indizienbeweis, der sich nur soweit an die Person des Angeklagten hielt, als man den Polizeikommissar Ströbel, den überwiegenden Beamten dieser Verfassungskommission, in denen Witz gesprochen hatte, über diesen befragte. Ströbel erklärte, daß Löbe, der ein guter Redner sei, sich stets in den Grenzen des Erlaubten gehalten habe, daß dessen Stellung zu den inneren Parteienfragen ihm aber unbekannt sei, insbesondere, ob er für friedliche oder gewalttätige Mittel sei.

Als auch damit also Löbe nicht beizukommen war, legte der Staatsanwalt ein Exemplar der von der Vorwärts-Verhandlung herausgegebenen „Süddeutschen Zeitung“ vor, die dem Gedächtnis der Revolution von 1789 und 1905 gewidmet ist, außerdem ein Inkret der Volkswacht, in welchem die Expedition derselben die Spitzelzeitung empfindlich. In der genannten durchaus nicht verbotenen Zeitung sind Bilder aus der englischen, französischen und russischen Revolution mit entsprechenden Artikeln abgedruckt. Der Angeklagte mochte darauf aufmerksam, daß er mit dem Inkretenteil der Volkswacht nicht das mindeste zu tun habe und nicht verantwortlich dafür sei. Außerdem habe er die Spitzelzeitung nur flüchtig gesehen und die Zeit der Vorlesung übertrug er die Titel der Bilder zur Verfügung brachte aber die Titel der Bilder zur Verfügung. Verteidiger Heine macht darauf aufmerksam, daß, wenn aus dieser Zeitung irgendwelche dem Angeklagten ungenügende Schlüsse gezogen werden sollten, er weitere Beweisaufnahme gefordert. Damit wurde aber schon die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Verteidiger wies an — ebenfalls verlesenen Artikeln und Berichten über die Wiener und sächsischen Demonstrationen nach, daß der Angeklagte gerade immer friedliche Demonstrationen gewünscht habe, wie auch ein Dresdener Urteil vom August 1905 in Sachen des Waisenstreiks zugunsten habe, daß in Neuzugungen, wie „Es müßte etwas gewagt werden, man müßte seinen ganzen Menschen einsetzen“ u. dergl., eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten nicht gegeben werden könne. Im übrigen stelle der inkriminierte Artikel gar keinen Stampl einer Klasse gegen eine andere, sondern den Stampl aller benachteiligten Klassen gegen das Wahlrecht dar, sodas der angezogene Paragraph gar nicht in Frage komme.

Was heißt? Der Staatsanwalt wollte 1 1/2 Jahre Gefängnis und sofortige Verbannung und der Gerichtshof tats, nur daß er sich mit 1 Jahr bedingte. Die Begründung nahm auf die fettgedruckte Ueberschrift Bezug, sowie auf die Bemerkungen: „Deutscher Arbeiter, nun ist die Reihe an dir“, „Sieh nach Rußland“ und dergl.; damit wende sich der Artikel an die Proletarier, eine bestimmte Gesellschaftsgruppe, und der Angeklagte habe sich sagen müssen, daß das aufreizend sei. Und daß er dieses Bewußtsein gehabt habe, sei vollkommen nachgewiesen, wenn der Angeklagte auch früher mäßiger gesprochen habe. Da er sich bei dieser gefährlichen Zeit habe sagen müssen, daß derartige Aufreize tatsächlich zu Gewalttätigkeiten führen können, so sei eine schwere Strafe am Platze.

Wie man sieht: Nicht eine wirklich greifbare Tatsache; alles Annahme, alles Folgerung, alles Indizienbeweis! Und ein flüchtiger Indizienbeweis, so flüchtig, wie er nur aus der Befangenheit der Richter seine Erklärung finden kann.

Befangenheit? Und wieder Befangenheit! Die deutschen Richter befinden sich in der Gedankenwelt derselben Klassen, denen die Majoritäten der Parlamente, denen die höheren und höchsten Beamten, denen die Richter und Leitenden der bürgerlichen Presse angehören. Und diese Gedankenwelt wird fast mangellos und in steigendem Maße erfüllt von der Idee, daß das Proletariat nicht gleicher Rechte, wie die übrigen Klassen bedürfe und daß sein Streben daher antisozial und staatsgefährlich, daß dieses Streben mit Recht sich entgegenzuwenden, diesem Recht aller Staatsdiener sei.

Wissen also unsere Richter, was die Kämpfe des dankemwelt leben, nicht gegen die Kämpfe des Proletariats befangen sein? Und wenn nun, wie gegenwärtig wieder in maßloser, mehr oder weniger offizieller Weise gegen die Wahlrechtsforderungen des Proletariats und gegen die Vorkämpfer geht, wird, oft genug unter vollständiger Verdrehung und schiefer Auslegung aller Umstände, und wenn weiter bei den engen gesellschaftlichen Beziehungen Richtern und Staatsanwälten doch auch eine weitgehende, dem Proletariat sicher ungünstige Erörterung in diesen Kreisen angenommen werden muß, — da soll man erwarten, daß im Moment, wo die Vorkämpfer des Proletariats in solchen Zeiten vor dem Richter erscheinen, von diesem jene Gedankenwelt plötzlich weicht, um ihn erst wieder beim Verlassen des Gerichtesgebäudes zu treffen, daß sie in Ruhe

zuhalten, was ihren Blick trüben könnte. Aber weit gefehlt! Wie flüchtig noch im Reichstag, wird jetzt wieder in der Nordd. Allgem. Ztg. der Patriotismus der deutschen Sozialdemokratie auf das schmächtigste in den Rot gezogen, derselben Partei, deren Angehörige mit ihrem Gut, wie mit ihrem Blut fast allein für des Reiches Sicherheit bürgen.

Und diese Volksmenge, auf der überhaupt das Sein und Nichtsein unserer ganzen wirtschaftlichen und nationalen Existenz beruht, bringt man immer noch um ihre natürlichsten Rechte! Ja, die Regierung, die es gern glauben läßt, daß sie über den Parteien stehe, läßt mehr oder minder offen, mehr oder minder verächtlich dem Volke androhen, daß man einen etwaigen Versuch, auf der Straße in der friedlichsten Weise für sein Wahlrecht zu demonstrieren, mit Gewalt bereiten wolle. Wohin sind wir gekommen, wenn ein Blatt vom Schläge der Tögl. Rundschau es wagen kann, dem Ministerpräsidenten zu unterstellen, daß auf seine Anordnung gegen etwaige Streikfunktgebungen am 21. cr. die ganze Polizei aufgeboden und sämtliche Berliner Truppen einschließlich Artillerie und Kavallerie in ihren Kasernen versammelt und zum unverzüglichen Ausmarsch bereit gehalten werden“ und daß gerade er anbefohlen habe, daß Polizei und Truppen für den Fall des Waffengebrauchs diese „regelrecht verwenden“, nicht etwaflache Liebestatellen oder über die Köpfe hinweg hinweg ziehen.

Wir wollen dem Blatte nicht Glauben schenken. Aber es gibt augenscheinlich wieder, was zwar kein Minister, aber doch so mancher aus jenen Kreisen wünscht, in denen es kein Geheimnis war, daß Bismarck eine Weile nach einem General für eine Straßenkutsch lachte.

Und es genügt vollständig, daß solche Geschichten weiter fortgeleitet werden, die geeignet sind, in allen nichtproletarischen, vor allem beamteten Bevölkerungsschichten eine Stimmung zu erzeugen, die eine vernünftige Verständigung erschwert, ja unmöglich macht. Wenn es aber den Regierungen ernst ist mit einer friedlichen Entwicklung der Dinge, so sind sie in der Lage, in unabweisbarer Weise kundzugeben, daß sie der Politik des hauernden Säbels und der schiefenden Flinten, nicht minder auch über die Köpfe hinweg hinweg ziehen.

Warum sollte es das auch? Es hat andere Mittel, die geeignet vorbereitet, ihm auf die Erfüllung seines Begehrens bringen.

Das allgemeine gleiche, freie und geheime Wahlrecht!

## Badische Politik.

### Der Landtag

nimmt am Montag Nachmittag seine Arbeit wieder auf. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen über die Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen und über die Arbeiterkammer. Die Budgetkommission hat in dieser Woche thätig vorgearbeitet, sodas es an Stoff für die Verhandlungen des Plenums nicht mangelt.

### Aus der Budgetkommission.

Bei der gestrigen Beratung des Spezialbudgets des Eisenbahnbaues gab Minister v. Marschall die Erklärung ab, daß in nächster Zeit eine Denkschrift über die Verhandlungen wegen der Verkehrsmittelgemeinschafter und eine Vorlage zwecks Aufbesserung der Löhne und Gehälter der Eisenbahnarbeiter bezw. Beamten zu erwarten sei. Die Bahn Kappel—Donndorf soll im Sommer 1907 zur Eröffnung kommen. Neue Bahnen sind nicht in Aussicht genommen; für die früher schon bewilligte Strecke Waldmühl—Wörthheim steht ein Nachtragsetat bevor. — Die Beschlußfassung über den Ausbau der Bahn Dinglingen—Lahr und über den Umbau der Bahnhöfe Dinglingen und Lahr wird vorläufig ausgelegt. Mit dem Neubau des Durlacher Bahnhofs kann nach den Erklärungen der Regierung noch im Laufe dieses Jahres begonnen werden, vorausgesetzt, daß die Verhandlungen wegen Verlegung des Wiesengrabens baldigst zum Abschluß gelangen. (Endlich! D. Red.)

### Sehr verschlimmert

Die Wahlung des Bad. Beobachters zufolge der Zustand des Bad. Beobachters Land. Demnach ist nicht anzunehmen, daß Land schon nächste Woche sich wieder an den Verhandlungen des Landtages beteiligen kann. Da auch Präsident Gönner vor Ende Februar seine Tätigkeit nicht wird aufnehmen können, wird Genosse Ad. Gek die Verhandlungen der Zweiten Kammer für einige Zeit leiten.

Die Wahlung des Bad. Beobachters zufolge der Zustand des Bad. Beobachters Land. Demnach ist nicht anzunehmen, daß Land schon nächste Woche sich wieder an den Verhandlungen des Landtages beteiligen kann. Da auch Präsident Gönner vor Ende Februar seine Tätigkeit nicht wird aufnehmen können, wird Genosse Ad. Gek die Verhandlungen der Zweiten Kammer für einige Zeit leiten.

Der Volksfreund hat in Karlsruhe nach der Bad. Presse die höchste Abonnentenzahl aller politischen Zeitungen und etwa viermal so viel als in Freiburg.

### Im Ettlinger Landsmann

beulmeiert ein — Korrespondent über den Kadav der sozialistischen und der Blodpresse gegen die katholischen Geistlichen, die ihr Amt zu politischen Zwecken mißbrauchen. Wir lehnen es ab, mit dem Demagogentum in Ettlingen uns in eine Diskussion über diese Frage einzulassen. Ein Blatt von solcher Güte kann nicht beanspruchen, politisch ernst genommen zu werden, auch wenn seine „herborragendsten“ Korrespondenten in den Pfarrhäusern domicilieren. Wir begnügen uns damit, den Ettlinger Landsmann hin und wieder zu zitieren und dies lediglich zu dem Zwecke, um zu zeigen, wie das „katholische Volk“ „geistig“ gefüttert wird. Im übrigen hat der Landsmann von uns aus volle Schimpf- und Raisionierfreiheit.

## Deutsche Politik.

### Der bürgerlichen Freiheit.

Der offizielle Nordd. Allgem. Ztg. hat Laurez eine große Freude gemacht durch seine schon gemeldete, Stellungnahme gegen den Militarismus. In der Verammlung der Syndikate, deren Zweck war, Einspruch zu erheben gegen die Verhaftung mehrerer einem Syndikate angehörender Personen, schlug der Präsident der Verammlung vor, daß die Anwesenden die antimilitarischen Anschlagzettel unterzeichnen sollten. Laurez, der in der Verammlung anwesend war, wurde aufgefordert, mit zu unterzeichnen, lehnte dies aber unter lautem Tumult ab und erklärte, die Armee sei unumgänglich notwendig, wie die von außen kommenden Angriffe zurückzuweisen! Dieser politische Tiefpunkt hat natürlich das belle Entzünden unserer Militaristen erweckt und besonders die Nordd. Allgem. Ztg. orakelt sogleich über den „Patriotismus“ der französischen Sozialdemokratie und die „volks- und landesverräterische“ Politik der deutschen Partei. Vorsichtigerweise hat das gute Blättchen den Schluß der Depesche unter den Tisch fallen lassen. Aus ihm ging nämlich hervor, daß die französische Partei ebenso „volks- und landesverräterisch“ ist, wie die deutsche, da sich die Verammlung verpflichtete, in ganz Frankreich eine energische antimilitarische Agitation einzuleiten.

### Flaumbart und Badische Politik

wird jetzt auch noch Mode im beligen Reich der Gottesfurcht und frommen Eitelkeit. Die Leiter des Wilhelm-Gymnasiums in Hannover haben einen Aufruf an die Schüler aller höheren Lehranstalten erlassen zu einer Lotteriezusammensetzung (50 Pf. pro Kopf). Und natürlich haben die höheren Zungen, die wirklich besser zu tun hätten, den Beitreibung aufgeschrieben, ohne daß die Lehrer etwas dagegen einwendeten.

Die Badische aber läßt der Ruhm der Herren Flaumbarte nicht ruhen; sie müssen auch etwas unternehmen, und so haben die „höheren Töchter“ Wiesbadens mit Genehmigung ihres Direktors einen ähnlichen Aufruf losgelassen.

Die „höhere Jugend“ Deutschlands scheint zu glauben, daß Banger und Kreuzer nicht viel teurer seien wie etliche Zentner Bralinnas und Weidensträuße. Was da im besten Falle zusammenkäme, reicht noch nicht einmal für den Anfrucht einiger Kreuzer aus.

Von der Lächerlichkeit des Unfugs gar nicht zu reden!

### Gegen die Tabaksteuer-Erhöhung

hat sich das Stadtverordnetenkollegium zu Siegen erklärt. Der Reichstagsabgeordnete Heiligenstadt hat erklärt, daß er mit dem Kollegium durchaus übereinstimme. — Abwarten, wie das Ding in der Kommission gedeht wird.

### Es gibt keine Fleischnot, sagt Robbielski!

Daß er nicht recht hat, beweist die amtliche Meldung: Das elsass-lothringische Ministerium leitete wegen Deffnung der reichslandwirtsch. Grenzen wenigstens für eine beschränkte Einfuhr französischer Schweine mit dem Reichsfangler Verhandlungen ein.

### Die freisinnige Vereinigung

hält am 24. und 25. Februar in Berlin einen Parteitag ab, der sich mit der Schulfrage, der Wahlrechtsfrage und der Reichsfinanzreform beschäftigen soll. Es gibt in dieser Richtung wohl einige bürgerliche Demokraten; von der Partei als solcher ist aber nichts zu erwarten.

### Den Schergen ausgeliefert!

Eine aufsehenerregende Nachricht bringt die Stettiner Ztg. aus Königsbütte:

„Etwas 12—18 russische Flüchtlinge jüdischen Glaubens sind am Freitag durch einen Polizeigehanten aus der jüdischen Herberge, Stettiner-Polizeiwache gebracht, ermittelte und nach der Geld hatten, die Legitimationspapiere und scheinend auch in Ordnung, sind sie unter polizeilicher Begleitung nach dem Bahnhofe gebracht worden, damit sie ihre Heimat aufsuchen. Zwei von den armen Leuten baten den Beamten inständig, sie nicht nach Myslowitz oder nach der Grenze zu bringen, da es sonst um sie gehen würde.“

Wie sich diese Nachricht bewahrt, ist Deutlich aus einem klaren Stande a. d. a. reicher! Im Zuge wird Herr Willow Auskunft darüber zu geben, wie die Königsbütter Polizei dazu gekommen ist, russische Flüchtlinge zu verhaften, wie er wird Rechenschaft abzulegen mit einiger Genauigkeit zu diese Polizei, die Flüchtlinge der Mann vom weinender Polizeibeamten aufzugeben ist.





## Grosse Karnevals-Gesellschaft Karlsruhe.



**Sonntag den 21. Januar 1906**  
nachmittags 7 Uhr  
(Kassen-Oeffnung 5 1/2 Uhr)

im  
**grossen Saale der Festhalle:**  
**erste grosse Damensitzung.**



Eintrittskarten für Nichtmitglieder à 2 Mk., sowie für Damen à 1 Mk. sind in den von früher her bekannten hiesigen Geschäften der Herren Meyle, Zeumer, Glockner, Wieder erhältlich, ebenso abends an der Festhallekasse.

Es sind eine beschränkte Anzahl Plätze Parterre und Balkon in der Nähe der Rednerbühne reserviert gegen eine Zuschlagkarte von 2 Mk. für jede Sitzung.

Neue diesjährige Mütze bei Herrn Zeumer abzuholen; närrischer Kopfputz für Damen obligatorisch. Mitgliedskarten, zu allen Sitzungen gültig, mit Damenfreikarten, sind nur noch bis zum 20. Januar beim Kassier der Gesellschaft, M. Hack, Schlossplatz 14, zu haben, von da kosten solche Mk. 10.—.

**Der Elfer-Rat.**

**Singsverein Bruderbund Karlsruhe.**  
Am Samstag den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Vereinslokal „Württembergischer Hof“ unsere

**Weihnachts-Feier**  
koll. Hierzu laden wir unsere Mitglieder nebst ihren Familienangehörigen mit der Bitte um zahlreichen Besuch freundlichst ein.  
Der Vorstand.

**Zur Steuer der Wahrheit!**  
Ueber den 8-Uhr-Ladenschluss in Karlsruhe in historischer wie sozialpolitischer Betrachtung findet am 15. Januar d. J., abends 9 Uhr, in der Bräuerei Schreypp, Saal 3, Waldstraße, ein

**öffentlicher Vortrag**  
koll. wozu wir Interessenten, Freunde u. Gönner unseres Vereins höflich einladen.  
Referent: Kollege M. Mathon-Nürnberg.  
Verein der Deutschen Kaufleute, Ortsverein Karlsruhe (Hirsch-Dunker).

**Apollo-Theater.**  
Samstag den 13. Januar  
**grosse Vorstellung.**  
Sonntag den 14. Januar von 11-1 Uhr  
**Frühschoppen-Konzert.**  
Nachmittags 4 Uhr | Abends 8 Uhr  
= Vorstellung. = Gala-Vorstellung.  
Montag den 15. Januar  
**Abschieds-Vorstellung**  
des gegenwärtigen Künstler-Ensembles.  
Dienstag den 16. Januar  
= vollständig neues Programm. =

**Freie Turnerschaft Ettlingen**  
Samstag den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal zum „Kreuz“

**Mitglieder-Versammlung**  
Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder bittet  
Der Vorstand.  
Zurufunde findet Umstände halber keine statt.

**„Zum Waldhorn“**  
Rüppertstr. 46.  
Samstag den 13. Januar d. J. großes humoristisches

**Konzert**  
der Variété-Truppe Gutekunst.  
Samstag großes Schlachtfest.  
Diverse Oberländer Weine sowie Hell und dunkel Lagerbier aus der Bräuerei Köpfer. Es ladet höflich  
Friedrich Treiber, Wirt.

**Zentralverband der Schmiede.**  
Verwaltungsstelle Freiburg i. B.  
Sonntag den 14. Januar 1906, abends 7 Uhr, im „Eisenkeller“ (Stühlinger) 1382

**1. Stiftungsfest**  
mit reichhaltigen Programm.  
Hierzu laden wir die organisierten Arbeiter und Parteigenossen Freiburgs mit ihren werten Angehörigen freundlichst ein. Eintritt frei

Die Ortsverwaltung.

# Inventur-Verkauf

Montag, den 15. Januar und folgende Tage.  
So weit der Vorrat reicht

## Konfektion

mit **50%** und **30%**

**Rabatt.**

**Kleiderstoffe  
Seidenstoffe**

in der Inventur bedeutend im Preise ermässigt, zum Teil bis zur Hälfte ihres früheren Wertes.

**Gardinen- u.  
Teppich-Abt.  
Winterschuhwaren**

mit **10-20%**

**Rabatt.**

Sämtliche **Pelzwaren** mit **25%** Rabatt.

**Putz** 50% Rabatt  
Auf sämtliche garnierte u. ungarnierte Damenhüte

# Hermann Tietz.

## Carneval 1906.



**Anfertigung  
von Costümen, Rüschen u. s. w.**

**Grosse Auswahl in  
Clownstoffen, Samt, Tarletane, Clownhüten, seid. Pompons etc.**

**Zuschneiden von Clowns, Bajazzos, Pierrots etc. gratis.**

**Zur gefl. Beachtung!**

**Billige Preise. 10% Rabatt**

**Wahlmasse**



Zur gefl. Beachtung! Bei Bestellungen muss die Hälfte Anzahlung bei Abnahme der Rest in Bar.

**10% Rabatt**

**Wahlmasse**

**10% Rabatt**

**Wahlmasse**

## Conserven-Abschlag

(das beste und billigste Gemüse.)

<b>Ia. Schneidebohnen</b> 2-Pfd.-Dose 28 Pfg.	<b>dito</b> 4-Pfd.-Dose 55 Pfg.
<b>dito</b> 8-Pfd.-Dose 1.10 Mk.	<b>Ia. Brechbohnen</b> 2-Pfd.-Dose 28 Pfg.

Ferner empfehlen wir:

<b>Gemüse-Erbsen</b> 2-Pfd.-Dose v. 40 Pfg. an	<b>Brech-Erbsen</b> 2-Pfd.-Dose v. 50 " an
<b>Stangen-Spargel</b> 2-Pfd.-Dose v. 90 " an	<b>Carotten</b> (in Würfel) 2-Pfd.-Dose v. 35 " an
<b>Erbsen mit Carotten</b> 2-Pfd.-Dose v. 50 " an	<b>Feinziger Allerlei</b> 2-Pfd.-Dose v. 60 " an
<b>Mirabellen</b> 2-Pfd.-Dose v. 60 " an	<b>Pflaumen mit Stein</b> 2-Pfd.-Dose v. 50 " an

**Hochachtung**

## Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten karlsruher Verkaufsstellen.

Verlangen Sie bitte Conserven-Spezial-Preisliste.

Wir garantieren für erste Marken in reeller, starrer Packung. 115



Eine grössere Partie unserer berühmten Rasierapparate stehen zum Verkauf.

**No. 1005 Rasiergarnitur**  
aus poliertem Holzkasten, verschliessbar mit Schlüssel und verstellbarem Rasiersteigel, enthaltend: 1 prima Silberstahl-Rasiermesser, 1 Rasierpinsel sowie 1 Stück feines Rasierseife, alles zusammen in Mk. 2.50.

No. 1009. Rasiergarnitur wie vorstehend, jedoch anstatt mit Rasiermesser mit prima Sicherheits-Rasier-Apparat „Flock“, ebenfalls nur Mk. 2.50. Unentbehrlich für Haus und Reise. In keiner Haushaltung sollte unsere Haarschneidmaschine „Alarm“ No. 88 fehlen, dieselbe fertig zum Gebrauch mit 3 Aufschiebekämmen und Ersatzleder kompl. i. schön. Karton verpackt, nur Mk. 3.50. Versand gegen Nachnahme, Porto 50 Pf. u. Verpack. 20 Pf. f. jed. Paket extra. Umtausch gestattet, daher kein Risiko. Man verl. umsonst u. portofrei d. neuest. Hauptpreiskatalog mit ca. 3000 Gegenst. über Rasiermesser, Rasierutensilien Haarschneidmaschinen, Solinger Stahlwaren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Taschentücher, Gold- und Silberwaren, sowie vielen Neuheiten, bekannten u. sehr leistungsfähigen Firma: Wald u. Solingen No. 2012.